

**BBB begrüßt Ergebnis der OB-Wahl:**

## **OB-Wahl in erstem Durchgang entschieden: Eine Mehrheit wollte den Wechsel im Rathaus**



**OB-Wahl: Die SPD hat ausgelacht.**

Eine Mehrheit der Wähler wollte bei der Wahl des Oberbürgermeisters nach 21 Jahren SPD-Herrschaft den Wechsel und verhalf Ashok Sridharan schon im ersten Wahlgang zum Sieg. Der *BBB* hat den neuen OB zu seinem Erfolg beglückwünscht: „Wir hoffen auf eine faire und sachliche Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg.“

Es war ganz offensichtlich so etwas wie eine Blockwahl: Auf der einen Seite ein bürgerlicher, auf der anderen Seite zwei linke Kandidaten. Mit dem für viele überraschenden Sieg des neuen Oberbürgermeisters gab es in der Bundesstadt Bonn endlich wieder bei einer Wahl eine

bürgerliche Mehrheit: Ashok Sridharan erhielt bei einer um 10 Prozent geringeren Wahlbeteiligung über 1.000 Stimmen mehr als CDU und FDP, die ihn nominiert hatten, bei der Kommunalwahl 2014. Das beweist, dass er auch von weiten Teilen des übrigen bürgerlichen Lagers, auch der *BBB*- und AfD-Wähler (Kommunalwahl 2014 zusammen 10.891) gewählt wurde. Und die zwar knappe, aber absolute Mehrheit bereits im ersten Wahlgang gibt ihm den notwendigen Rückhalt für die vor ihm liegenden schweren Aufgaben. Auch wenn die Wahlbeteiligung in Bonn auf nur 45,1 % abgesackt ist, so steht die Bundesstadt im Vergleich zu der durchschnittlichen Beteiligung im Land NRW (nur 40,9 %) noch gut da.

Die OB-Wahl hat vor allem gezeigt, dass weite Kreise der Bevölkerung die Zeit für einen Wechsel im Rathaus für gekommen sahen. Sie wollten, dass mit Ashok Sridharan nach zwei SPD-Oberbürgermeistern, die gelernte Pädagogen waren, nun ein Mann das Ruder übernimmt, der Kommunalverwaltung gelernt hat und der die Hoffnung bietet, die Stadtverwaltung wieder in den Griff zu bekommen, sie zu motivieren und zu reorganisieren.

**Wichtigste Aufgabe des neuen OB:**

### **Der Haushalt muss dringend saniert werden**

„Mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von rund 5.300 Euro zum Stichtag 31.12.2014 gehört die Bundesstadt Bonn zu den Städten mit den höchsten Schulden in der Bundesrepublik Deutschland. Mehr als 1,664 Milliarden Euro insgesamt an Schulden sind aufgelaufen, davon 764,0 Millionen Euro allein an Liquiditätskrediten. Letztere haben damit einen Anteil von ca. 66 % an dem derzeitigen Haushaltsvolumen von 1,15 Mrd. Euro. Liquiditätskrediten steht kein Anlagevermögen gegenüber, sondern sie finanzieren laufenden Konsum und sind insofern Gradmesser für die Gesamtfinanzausstattung einer Stadt. Alleine für Zinsaufwendungen der Investitions- und Liquiditätskredite zahlt die Stadt Bonn durchschnittlich für das Jahr 2014 fast 94.000 Euro pro Tag.“

Das teilte der Kämmerer in seinem Bericht über das städtische Zins- und Schuldenmanagement 2014 dem Rat mit. Dabei profitiert auch die Bundesstadt Bonn wie Griechenland von der Niedrigzins-Politik der Europäischen Zentralbank. Der durchschnittliche Zins, den die Stadt für ihre 731,4 Mio. Euro Liquiditätskredite 2014 bezahlen musste, betrug im vergangenen Jahr bescheidene 0,48 %. Wer wünschte sich das nicht auch?

**Schlechter Einstieg des neuen OB:**

### **Köpfe rollen schon vor Amtsantritt**

Befremdet hat nicht nur innerhalb der Verwaltung, dass schon vor Amtsantritt des neuen OB offenbar von ihm die „Entsorgung“ der engsten Mitarbeiter seines Vorgängers veranlasst wurde. Das sieht mancher als schlechten Stil an. Das gilt auch für die Art, wie dies der Öffentlichkeit mitgeteilt wurde. Während der Stadtrat die Personalvorgänge in einer nichtöffentlichen Drucksache vorgelegt bekam, wurden sie zeitgleich als Pressemitteilung veröffentlicht.

Und noch eine weitere Personalie belastet Sridharans Einstieg: Obwohl gerade auch im Personalbereich angesichts 1,7 Mrd. Schulden der Stadt drastisch gespart werden muss, und der Rat daher einen Einstellungsstopp zur Haushaltskonsolidierung beschlossen hat, bringt der neue OB eine Mitarbeiterin aus Königswinter in sein Sekretariat mit. Sie soll „aufgrund der besonderen Vertrauensstellung“ in den Dienst der Stadt Bonn übernommen werden. Der *BBB* fragt sich: Traut der neue OB schon jetzt niemandem unter den rund 4.800 Bediensteten der Bonner Stadtverwaltung zu, sein Sekretariat zu betreuen und fürchtet er, dass auch niemand bereit ist, ihm loyal zuzuarbeiten?

**BBB unterstützt den BDA:  
Almhütte nicht in die Rheinaue**



Die *BBB*-Fraktion lehnt ebenso wie der Bund Deutscher Architekten (BDA) die Baupläne des neuen Erbpächters des Rheinland-Pfalz-Pavillons ab, vor das Ende der 70er Jahre errichtete Gebäude, das zuletzt unter dem Namen „Rheingarten“ bekannt war, eine alpenländisch anmutende „Almhütte“ zu stellen. Auch für den *BBB* würde das eine Geschmacksverirrung darstellen, und solch eine Hütte würde als Fremdkörper die Rheinaue nur verunstalten.

**BBB lehnt Luxus-Sanierung ab:  
Kostenexplosion in der Küche**

Die Küche im Plenargebäude des Bundestages muss saniert und modernisiert werden. Die ursprünglich dafür veranschlagten 2.725.000 Euro haben sich nach der jetzt vorgelegten Kostenschätzung um rund 475.000 Euro auf 3.200.000 Euro und damit um 15 % erhöht. Begründet wurde das mit brandschutztechnischen Mängeln an Lüftungskanälen, einer unzureichenden Stromverteilung sowie einer notwendigen Interimslösung mit einem Zelt während der Bauzeit.

Aus Sicht der *BBB*-Fraktion hätten diese Fakten bereits bei der ersten Kostenprognose berücksichtigt werden müssen. Dem *BBB* sind die jetzt ermittelten Kosten für eine Küche, die nur dem Aufwärmen von Speisen dienen soll, viel zu hoch.

**BBB: So darf es nicht weitergehen!  
Täglicher Flächenfraß in Bonn**

Nach Mitteilung des Statistischen Landesamtes vom 5. Oktober sind im Bonner Stadtgebiet seit 1992 täglich 461m<sup>2</sup> Freifläche in Siedlungs- und Verkehrsflächen umgewandelt worden.

**BBB verlangt vom Land NRW:  
Universitäts-Tiefgarage schneller sanieren**

Die *BBB*-Stadtratsfraktion ist besorgt über die Verzögerung der Sanierung der Uni - Tiefgarage unter dem Hofgarten. Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes Nordrhein-Westfalen (BLB) hatte die Garage zum 31.12.2012 geschlossen, weil die Verkehrssicherheit wegen Bauschäden nicht mehr gewährleistet war. Nachdem zunächst eine Wiedereröffnung der Uni-Garage für den 02.01.2017 angekündigt worden war, ist dieser Termin inzwischen auf Ende 2018 verschoben. Damit wäre diese innerstädtische Tiefgarage insgesamt sechs Jahre geschlossen!



Die Lage hat sich noch dadurch verschärft, dass auch die städtischen Tiefgaragen in die Jahre gekommen sind und ebenfalls saniert werden müssen. Nach der Garage unter dem Münsterplatz muss jetzt auch die Marktgarage bis spätestens 2017 in Angriff genommen werden. Dafür sind eine Vollsperrung und eine Bauzeit von 10 bis 11 Monaten erforderlich.

Der Hauptausschuss folgte einstimmig dem *BBB* und beauftragte den Oberbürgermeister, bei den zuständigen Stellen des Landes Nordrhein-Westfalen auf eine schnellere Sanierung der Uni-Tiefgarage zu dringen.

**Was bleibt von OB Nimptsch?**

**Der BBB antwortete dem GA:**

„Wir hatten noch nie einen OB, der so gut schauspielern und auf Bönnsch dichten und singen konnte. Die Verwaltungskünste waren bei ihm in weniger guten Händen. Und sein Versprechen bei Amtsantritt, den WCCB-Skandal aufzuklären und das WCCB nach Fertigstellung sauber auszufegen, hat er auch nicht erfüllt.“

**BBB unterstützt Festausschuss:  
500 € für „Bönnsch füe Pänz“**



Fraktionsvorsitzender Bernhard Wimmer übergab im Haus des Karnevals Joe Tillmann, Projektleiter der Initiative „Bönnsch füe Pänz“ und Schlagzeuger im Beethoven-Orchester, eine Spende der *BBB*-Fraktion in Höhe von 500 Euro für die Herstellung neuen Lernmaterials. Damit unterstützte der *BBB* das Engagement des Festausschusses Bonner Karneval, Kindern in Bonner Grundschulen spielerisch und kindgerecht mit Liedtexten, CDs und Wörterbuch die bönnische „Mottersproch“ näher zu bringen.

**WCCB-Erbe OB Dieckmann:  
50,6 Mio. Rückstellung für  
WCCB-Schadensersatz**

Der Kämmerer hat im Jahresabschluss 2014 eine Rückstellung in Höhe von 50,6 Mio. Euro für den Rechtsstreit mit der Sparkasse um das WCCB vorgesehen. Dies entspricht betragsmäßig dem Anteil der strittigen Summe, der nach dem Vergleichsvorschlag des Landgerichtes Bonn mit 60% auf die Stadt Bonn entfallen würde. Die Sparkasse verlangt von der Stadt die Zahlung von über 84 Mio. Euro aus der bürgerschaftsähnlichen Nebenabrede, die ohne Zustimmung des Stadtrats abgeschlossen worden war. Ob sie gegen EU-Recht verstoßen hat und nichtig ist, prüft jetzt die EU - Kommission. Die Sparkasse begründet ihren Anspruch weiter damit, dass Ex-SGB-Chef Friedhelm Naujoks den Controlling - Vertrag, mit dem sich die Stadt zur Überwachung der Baumaßnahme verpflichtet hatte, nicht ordnungsgemäß erfüllt habe. Schon das Rechnungsprüfungsamt hatte festgestellt, dass kein geeignetes und effektives Controlling vorlag.